

Hauptausgabe, Abend, NÖ, Wien, Hauptausgabe, Morgen

Unterricht kostet, aber auch Schmied muss sparen

Bildung ist eines der zentralen Anliegen der Bundesregierung. Hieß es immer. Neben dem Hahn-Ressort und dem Innenressort kommt auch Claudia Schmied zu einer Aufstockung ihres Budgets. Allerdings muss auch sie in Teilbereichen einsparen. Außerdem sollen Lehrer künftig länger als bisher arbeiten müssen - für das gleiche Gehalt. Als Gegenleistung gibt es ausreichend Finanzmittel für die laufenden Reformen.

Im Bildungsbereich, also bei den "Kunden", sprich Schülern, sollte nicht gespart werden. Laufende Reformen sollten nicht gestoppt, dafür müsse in der Verwaltung gespart werden. Und möglicherweise droht ein Kahlschlag im Kulturbereich.

Reformen wirken langfristig, sie kosten aber auch langfristig Geld. Etwa die Reduzierung der Klassenschülerhöchstzahlen, die Jahr für Jahr vorangetrieben wird. Einen finanziellen Mehrbedarf gibt es auch bei den Deutschförderkursen, die ausgebaut werden, und bei dem Projekt Lehre mit Matura. Allein beim Pilotprojekt gab es 3000 Anmeldungen, mit einem derartigen Ansturm hatte man eigentlich erst in einer späteren Phase gerechnet.

Im Budgetpfad war für das Unterrichtsministerium ein Plus von 50 Millionen Euro festgeschrieben, eine Summe, die Schmied nicht ganz durchsetzen konnte.

Im Schulbereich gibt es unumstritten Aufholbedarf, das ist durch diverse Studien belegt. Aber: "Auch wir müssen effizienter und sparsamer werden", heißt es in Schmieds Büro, auch im Bildungsbereich müsse ein Beitrag geleistet werden. Jetzt stehen für Schmied schwierige Verhandlungen mit den Lehrern an. (völ)

Hauptausgabe, Abend, Hauptausgabe, Morgen

"Ich lasse mich da nicht hineinziehen"

ÖVP-Chef Josef Pröll fordert im Lehrerstreit ein "Gesamtpaket". Im Gegenzug für Mehrarbeit will er höhere Einstiegsgehälter für Junglehrer, verriet er Günther Oswald und Michael Völker.

Standard: In der Koalition wird gestritten, ob Lehrer zwei Stunden länger in der Klasse stehen sollen. Unterstützen Sie das? Bildungsministerin Claudia Schmied (SPÖ) behauptet das jedenfalls.

Pröll: Es gab einen Grundkonsens mit allen Ministern, Globalbudgets zu verhandeln. Damit ist jedem Minister freigestellt, die notwendigen Maßnahmen innerhalb des vereinbarten Ausgabendeckels umzusetzen. Mit welchem Mix und mit welchen Einzelmaßnahmen, das liegt bei ihnen. Ich lasse mich als Finanzminister da nicht hineinziehen.

Standard: Dennoch bräuchte es die Zustimmung der ÖVP.

Pröll: Wir werden am Ende des Tages entscheiden, ob dieses Modell, das nur in Schlagworten angerissen wurde, umsetzbar ist. Eines ist klar: Es kann keine Schulreform mit der Brechstange geben.

Standard: Sagt Schmied die Unwahrheit, wenn sie sagt, Sie haben dem explizit zugestimmt?

Pröll: Wir können gern die schriftliche Vereinbarung diskutieren. Die wird zeigen, dass die Frage plus zwei Stunden nicht vereinbart wurde. Ich verabschiede mich aber nicht von meinem Budget. Das tue ich nicht. Aber was ich verlange: dass Minister mir ihren Maßnahmen nicht Betroffene brüskieren.

Standard: Sie sind also nicht grundsätzlich gegen Änderungen beim Lehrerdienstrecht? Schmied möchte die ja schon im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes beschließen. Ansonsten will sie mehr Budget.

Pröll: Wenn sie die Verhandlungen zügig drüberbringt, ist das auch im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes möglich. Ich erwarte mir, dass sie mit den Betroffenen ein Gesamtpaket schnürt. Wenn das nicht gelingt, muss sie über Alternativen nachdenken. Bis 2013 gehen so viele Lehrer in Pension wie nie zuvor. Da gibt es ganz neue Ansatzmöglichkeiten. Man kann nicht nur sagen: plus zwei Stunden. Da kann man viel mehr entwickeln für junge Lehrer, angefangen von Qualität bis hin zu den Ansprüchen an die Lehrer. Auch das verlange ich.

Standard: Sie wollen eine Dienstrechtsänderungen für neue Lehrer?

Pröll: Mir kommt es auch bei neuen Lehrern reichlich fantasielos vor, nur zu sagen: zwei Stunden mehr Arbeit. Man muss auch bei den neuen Lehrern die Frage der Einstiegsgehälter in Korrelation zur Arbeitszeit diskutieren.

Standard: Also eine Paketlösung gemeinsam mit einem neuen Gehaltsschema?

Pröll: Absolut. Ich halte das für notwendig. Wir müssen überlegen, wie wir auf die Revolution bei der Altersstruktur der Lehrer reagieren. Das ist eine einmalige Chance in den nächsten Jahren. Darauf gibt Schmied keine Antwort. Ob da nur die zwei Stunden zu diskutieren sind, wage ich aus bildungspolitischer Sicht zu bezweifeln.

Standard: Das wird sich aber nicht bis April zum Budget ausgehen.

Pröll: Ja, aber wir können das gemeinsam diskutieren. Deshalb beschränke ich mich nicht darauf, nur einen Knochen in die Arena zu werfen und zu sagen: Damit hat es sich. Das ist ja eine Mittelfristplanung. Und ich sage noch etwas: Die Frau Minister hat viele Reformen von Liesl Gehrur zurückgeschraubt, was sich auf der Kostenseite extrem negativ niedergeschlagen hat. Auch da kann man seine Fantasie walten lassen.

Standard: Stellen Sie damit die Neue Mittelschule infrage?

Pröll: Das meine ich gar nicht. Aber sie hat zum Beispiel die Nachprüfungen in den letzten Ferientagen wieder abgeschafft. Das war sehr kostenintensiv. Da könnte ich mehrere Beispiele nennen.

Standard: War das eigentlich der erste richtige Koalitionskrach?

Pröll: Nein, das ist schon o.k. Ich halte es für wichtig, dass zwei Parteien, die andere Positionen haben, die Themen austragen, wie sie kommen.

Standard: Ist man als ÖVP-Politiker ein Gefangener der ÖVP-dominierten Lehrgewerkschaft?

Pröll: Ich lasse mich weder von Lobbys noch von Interessengruppen und Gewerkschaften gefangen nehmen. Worauf ich aber großen Wert lege: dass sich die Minister nicht um Verhandlungen herumdrücken. Das ist nicht auf Frau Schmied zugespielt. Wir werden in den nächsten Wochen bei allen Gesellschaftsgruppen Debatten haben, wie wir gemeinsam diese Last schultern können. Das wird nicht nur die Lehrer beschäftigen. Aber andere Minister führen die Gespräche offenbar mit den Betroffenen.

Standard: Heißt das, Mehrarbeit kommt auch auf Polizisten oder die Justiz zu?

Pröll: Wir haben die Debatte. Innenministerin Maria Fekter lotet gerade aus, ob dienstrechtliche Themen notwendig sind. Bei den ÖBB überlegt Doris Bures, wo sie Maßnahmen setzen muss. Sie tut das aber offenbar anders als Schmied.

Standard: Sie haben gesagt, alle Gesellschaftsgruppen müssen ihren Beitrag leisten. Müssen auch die Beschäftigten in der Privatwirtschaft mit Einschränkungen rechnen? Was meinen Sie damit?

Pröll: Das wird von den einzelnen Ministern jetzt in den Rechnungen der Ressorts zu beurteilen sein. Durch die Globalbudgets gibt es die Möglichkeit, Mittel zwischen Sach- und Personalaufwand zu verschieben. Wir haben bewusst Schwerpunkte bei Bildung, Forschung, innere Sicherheit und Arbeitsmarkt gesetzt. Überall anders wird auch die Frage der Redimensionierung zu diskutieren sein.

Standard: Ihr Ziel war es, heuer ein Defizit von rund 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erreichen. Ist das angesichts der einbrechenden Wirtschaft noch haltbar?

Pröll: Wir haben uns in der Budgetplanung bemüht, uns am Regierungspfad zu orientieren. In den nächsten Wochen erwarten wir neue Trendprognosen der Wirtschaftsforscher. Die können natürlich Einfluss auf unsere Berechnungen haben. Das werden wir Mitte April etwas genauer sehen. Es ist klar, dass wir auf die allgemeine Wirtschaftsentwicklung in der Budgetplanung zwar Rücksicht genommen haben, aber diese nicht zur Gänze abpuffern können.

Standard: Also werden es wohl eher drei Prozent Defizit werden?

Pröll: Es ist zu früh, diese Frage zu beantworten. Aber wir haben bei den Verhandlungen versucht, in der Nähe unseres Ziels zu bleiben.

Standard: Troubles gibt auch mit den Ländern. Die beklagen, dass sie bei der Steuerreform zu wenig eingebunden waren.

Pröll: Zwei Landeshauptleute waren bei den Regierungsverhandlungen dabei. Aber es ist für mich klar, dass Gespräche mit den Ländern geführt werden.

Standard: Offenbar gibt es aber auch Probleme bei der Finanzierung der Bahninfrastruktur. Muss man vielleicht sogar den Finanzausgleich vorziehen?

Pröll: Ich sehe derzeit keine Notwendigkeit, den Finanzausgleich aufzuschnüren. Auch Verkehrsministerin Bures hat ihrem Budget zugestimmt. Ob sie jetzt bei Nahverkehrsprojekten, beim Dienstrecht der Eisenbahner oder woanders Schwerpunkte setzt, das ist ihre Sache.

Standard: Ihr Parteikollege Werner Amon hat beklagt, dass eine Verpflichtung für die Unternehmer fehlt, die Entlastung durch die Steuerreform ab April sofort an die Mitarbeiter weiterzugeben. Wird es da noch Änderungen geben?

Pröll: Wir streben die Umsetzung der Steuerreform rund um Ostern an. In weiterer Folge soll dann bei der Lohnauszahlung die Tarifsenkung monatlich spürbar sein. Die überwiegende Mehrzahl der Unternehmen wird das auch klaglos machen können. Bei manchen kleineren und mittleren Betrieben stellt sich die Frage der technischen Machbarkeit. Ich bin dafür, dass wir den Druck erhöhen, dass alle sofort auszahlen. Wir überlegen noch, wie wir diese Verpflichtung einführen können. Wir dürfen die Unternehmer natürlich auch nicht zusätzlich belasten. Ich will aber, dass mit Unterstützung der Wirtschaftskammer flächendeckend ausgezahlt wird.

ZUR PERSON: Josef Pröll (40) ist seit November 2008 ÖVP-Parteichef und Vizekanzler. Zuvor war der Niederösterreicher fünf Jahre lang Landwirtschafts- und Umweltminister.

Hauptausgabe, Abend, Hauptausgabe, Morgen

"Schülervertreter brauchen eine Aufwertung "

Mit der Neuauflage der großen Koalition sind breite Reformen möglich: Der SchülerStandard hörte sich deshalb unter den zwei rivalisierenden Schülervertretern um, was die Jugend fordert.

Magdalena Legerer Antonia Reiss

Wien - "Bildung liegt in der Prioritätenreihung der Politik vorn", sagt der Politologe Peter Filzmaier. "Die Frage ist nur, ob das ein Lippenbekenntnis ist und wie viele Ressourcen dafür bereitgestellt werden." Und gerade weil die Regierung wegen der Wirtschaftskrise momentan gezwungen sei, enorme Summen in andere Bereiche zu investieren, "ist weiter zu fragen, wie viel Geld dann für Bildung übrig- bleibt", resümiert Filzmaier.

Doch wenn schon wenig Geld zur Verfügung steht, wofür sollte es dann ausgegeben werden? Wo liegen die größten Baustellen in Sachen Bildung und Schule, wenn Schülervertreter das Sagen hätten?

Klar an erster Stelle steht nicht das Kussverbot, sondern die Gesamtschule. Die "neue Mittelschule" als das Projekt der letzten und auch künftigen Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) wird derzeit und wohl auch zukünftig nicht flächendeckend, in dem von ihr geplanten Ausmaß, bevorstehen.

"Das pädagogische Konzept hinter den Mittelschulen ist wirklich beeindruckend, das begrüßen wir sehr. Ich bin auf jeden Fall für die Gesamtschule", meint Klaus Baumgartner, Vorsitzender der Aktion kritischer SchülerInnen (AKS). Die AKS, derzeit größte Schülerorganisation Österreichs, fährt damit die Linie der Partei, an die sie sich anlehnt, der SPÖ.

Das Konzept einer Gesamtschule fordert, betont Klaus Baumgartner, andere Veränderungen vor allem in der Lehrerausbildung. Eine "intensivere pädagogische Bildung" soll zukünftige Lehrer verstärkt von dem klassischen Berufskonzept in die Richtung treiben zu "Trainern für die Schüler" zu werden. "Das würde auch dem Lehrberuf Aufwertung bringen", meint der Vorsitzende der AKS.

Matthias Hansy, Bundesobmann der 1972 gegründeten Schülerunion, ist auf die Gesamtschule nicht gut zu sprechen. Auch er lehnt sich an die Position der nahestehenden ÖVP an und weist darauf hin, dass es wichtig sei, in der Schule zwischen den Schülern zu differenzieren. Nur dann könne gewährleistet werden, dass alle Schüler nach ihren jeweiligen Begabungen gefördert werden. "Dieser Punkt der Differenzierung gehört nicht vermindert, sondern sogar noch verstärkt", geht Hansy in seinen Forderungen weiter.

Zentralisierte Matura

Die österreichweit einheitliche Matura, wird zu einem weiteren Arbeitspunkt der neuen Regierung werden, unter den Schülerorganisationen ebenso umstritten.

"Die Zentralmatura an sich ist nichts anderes als ein Bildungsstandard", erklärt Hansy von der Schülerunion. Doch so etwas müsse ab der unteren Schulstufe funktionieren und könne nicht von oben eingeführt werden. "Das Bestreben, jetzt eine Zentralmatura übers Knie zu brechen, halte ich für ein ganz gefährliches", kritisiert er, gesteht aber ein: Längerfristig sei eine Zentralmatura jedoch absolut wünschenswert.

Die AKS hingegen ist gegen die Vereinheitlichung der Matura. "Prinzipiell finden wir es gut, dass man alle Schulen in Österreich auf den gleichen Bildungsstandard bringen will, jedoch ist die Zentralmatura der falsche Weg", betont Baumgartner. "Uns ist die Vereinheitlichung der Schulen wichtig, sodass es keine finanziellen Hürden mehr gibt und der sozioökonomische Hintergrund nicht mehr darüber entscheidet, welchen Bildungsweg ich einschlagen kann."

Neben diesen klassischen Themen, haben die zwei Köpfe an der Spitze der Schülerparteien weitere Ideen zur Gestaltung der Schulen.

"Modern" ist das Stichwort für die Schülerunion. "Unnötige, veraltete Inhalte sollten aus dem Lehrplan gestrichen werden und stattdessen sinnvolle wie zum Beispiel politische Bildung oder Bereiche wie Rhetorik, Projektmanagement und sozialer Umgang verstärkt in den Unterricht eingebaut werden", sagt Hansy. Laut dem Bundesobmann ist das heutzutage "für die Schüler viel wichtiger als die reine Wissensvermittlung".

Baumgartner hingegen liegt vor allem Politik-Vermittlung am Herzen. Ihm ist wichtig, "zu zeigen, dass Politik Veränderung bedeutet, die auch für die Menschen spürbar ist", und das möglichst früh.

Jüngere Schülervertreter

Für die AKS beginnt Demokratie schon in der Volksschule. Deswegen schlägt Baumgartner Klassensprecher ab der ersten Volksschulklasse vor. "Man muss Demokratie lernen. Wenn man Sechsjährigen die Chance gibt zu sagen, was sie wollen, werden sie das sicher tun."

Dieser Idee ist auch Hansy nicht abgeneigt. "Ich wäre auf jeden Fall für Klassensprecher ab der ersten Klasse Volksschule."

Beiden Seiten ist die bessere Vertretung von Schülern wichtig. "Schülervertreter brauchen eine Aufwertung. Auf überschulischer Ebene sollte ein Schulpartnergremium einzurichten, hier ist die zentrale Komponente allein das Ministerium", sagt Hansy.

Bild: Was würde eine große Koalition von Schüler-vertretern machen, wenn sie in der Regierung das Sagen hätten? Viel Streit wäre nicht zu vermeiden. Foto: Urban

Österreich, Abend, Österreich, Morgen

Schule als Werkstatt der Sozialmechaniker

Österreichische Schulpolitik zwischen Reformvisionen und beinhardter Klientelpolitik. Die Neue Mittelschule als Ablenkung von den wirklichen Problemen. Über die cleveren Vorarlberger.

Eine kleine Vorrede: Bildungspolitik ist ein schönes Thema. Jeder, der es in die Oberstufe eines Gymnasiums oder eine vergleichbare Schulform geschafft hat, darf sich berechtigt fühlen, dabei mitzureden. Als Erfahrungshorizont reichen ihm die eigenen, in meinem Fall Jahrzehnte zurückliegenden Schuljahre, die Schulzeit der Kinder, die schon näher an der heutigen Wirklichkeit liegt, vor allem aber die Schulerfahrungen seiner Enkelkinder, mit denen er sozusagen auf der Höhe der Zeit ist. Freunde und Verwandte aus dem Lehrerstand helfen, das Bild abzurunden. Die Hitzigkeit mancher bildungspolitischer Äußerung - manchmal auch einer eigenen - verhilft zur nötigen Distanz und Skepsis. H. W.

Das leuchtende Bild einer schönen neuen Schulwelt irrluchert wie eine Fata Morgana durch die Medien. Bildungsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftsminister Johannes Hahn, der als Pedell seiner Kollegin fungiert, ist es gelungen, den Eindruck zu erwecken, ihre Ankündigungen seien schon unmittelbar vor der Tür stehende Wirklichkeit. "Glücklicherweise herrscht jetzt ein anderer Geist", jubeln die Kommentatoren. Welcher Geist Schmied beflügelt, hat sie mit ihrer ersten Tat im Amt gezeigt, durch die sie es den Lehrern wieder erspart hat, die letzte der neun Ferienwochen für die Vorbereitung aufs neue Schuljahr zu verwenden, was ihre Vorgängerin gegen härtesten Widerstand der Gewerkschaft eingeführt hatte. Diese Art von durchaus weitblickender Klientelpolitik wird Schmied offensichtlich als Bildungspolitik ausgelegt.

Was uns da nicht alles versprochen wird: eine einheitliche Grundausbildung für alle Pädagogen; die Ausbildung von Kindergärtnerinnen "auf Universitätsniveau"; eine bessere pädagogische Ausbildung für Gymnasiallehrer - zweifellos sehr wünschenswert; Auswahlverfahren für künftige Lehrer, bei denen nur durchkommt, "wer Talent beweist". Wie sich das mit der schon angekündigten Einstellung von über 4000 neuen Lehrern vertragen soll, ist nicht klar. "Ausgebrannte Lehrer können sich vom Volksschul- zum Hauptschullehrer entwickeln", heißt es in wohl zu großem Vertrauen auf die Fähigkeiten von Supervisoren und Psychotherapeuten. Wie sie eine Patientin dazu bringen werden, dass sie sich in der Hauptschule leichter tut als in der Volksschule, bleibt ihr medizinisches Geheimnis. Ein großes Griss wird um solche Fälle jedenfalls nicht herrschen, wenn sich die Direktoren künftig die Lehrer aussuchen können, wie uns ebenfalls ständig weisgemacht werden soll. Und was passiert dann mit jenen, die keiner haben will? Landen sie in einer Art Lehrerauffangschule oder werden sie umgeschult?

Schule soll neuen Menschen erzeugen

Die bildungspolitischen Wunsch- und Forderungskataloge, die derzeit die Runde machen, zeichnen sich einerseits durch eine geradezu eschatologische Hoffnung auf eine heile Endzeit aus, die dann erreicht sein wird, wenn die einheitliche Schule für die Zehn-bis 14-Jährigen flächendeckend eingeführt sein wird, und andererseits durch einen magischen Glauben an unbegrenzte pädagogische Machbarkeiten aus. Die Schule soll den neuen Menschen erzeugen, Schulpolitik wird dann, wie heutzutage jede Politik, zur Sozialpolitik. Großzügig oder verblendet sieht man über die gegenwärtigen Verhältnisse und die politischen Umstände hinweg, unter denen Schul- und Bildungspolitik gemacht wird. Einer dieser markanten Umstände ist das Ringen um den politischen Einfluss in der Lehrerschaft, den die SPÖ der ÖVP nicht zuletzt durch die Neurekrutierung von Personal entwinden möchte.

Alles ist fixiert auf die Schulversuche zur Neuen Mittelschule, die auch großzügig mit Geld ausgestattet werden, das für die dringend nötige flächendeckende Verbesserung der Hauptschulen abgeht. In alemannischem Pragmatismus und gesundem pekuniären Sinn hat Vorarlberg sofort seine Chance erkannt und alle seine Hauptschulen zu Neuen Mittelschulen erklärt, um die enormen Fördermittel von 19.000 Euro pro Jahr und Klasse zu bekommen. Faktisch entsprechen die Schulen damit dem Modell der Kooperativen Mittelschule, deren Zweck es ist, Verbindungsglieder an der Nahtstelle zwischen Hauptschulen und den diversen Oberstufen- und Gymnasialformen zu schaffen.

Es stellt sich allerdings bei der hohen Förderung die Frage, warum etwas, was von sich aus so viel besser sein soll, so viel mehr kosten muss. Oder soll damit der Erfolg vorprogrammiert werden? Unter privilegierten Bedingungen ist leicht gut sein.

Den Gegnern der einheitlichen Schule für die Zehn- bis 14-Jährigen wird unterstellt, sie seien Ideologen des gesellschaftlichen Status quo, die die "Klassenverhältnisse" durch exklusiven Zugang zur Bildung stabilisieren und verhindern möchten, dass Kinder aus der Unterschicht aufsteigen. Das ist natürlich ein Unsinn. Sie glauben nur nicht, dass Bildungspolitik zur Herstellung der allgemeinen Gleichheit unter dem Himmel benützt werden sollte und dass die Erreichung der guten alten Chancengleichheit unter den Bedingungen einer Zuwanderungsgesellschaft schon schwer genug ist. Auch sind sie der Meinung, dass Bildungspolitik nicht eine in Österreich weitgehend fehlende Integrationspolitik ersetzen kann, sondern dass umgekehrt Integrationspolitik die Bildungspolitik stützen sollte.

Bildungspolitik ist auch Integrationspolitik

Hochgradig ideologisch ist es dagegen, wenn die Befürworter der Gesamtschule wie ein Mantra vor sich herbeten, es dürfe nicht schon im zarten Alter von zehn eine "Selektion" stattfinden, an der sich der gesamte künftige Bildungs- und Lebensweg eines Menschen entscheidet. In Wirklichkeit hat sich die künftige Bildungskarriere eines Kindes längst schon entschieden, wenn es zehn Jahre ist. Die "Selektion" hat schon viel früher stattgefunden und das ganz ohne den Staat und seine Schule: In den frühkindlichen Jahren, wenn ein Kind aus einer "bildungsfernen Schicht" - und das sind in den städtischen Ballungsräumen häufig auch Migrantenfamilien - nicht in den Kindergarten geht und dann in der Volksschule nicht mitkommt, weil es nicht genug Deutsch kann.

Und hier geht die Bildungspolitik in Integrationspolitik über. Beginnen muss das lange vor der Schulzeit mit Kindergartenpflicht und gezielter Sprachpädagogik in der Volksschule. Eine "Sprachstandserhebung" im Alter von viereinhalb ist in Wien zwar beschlossen, wird aber kaum gemacht und wenn, dann hat sie keine Konsequenzen, weil es keine Fördermaßnahmen gibt. Vielen Eltern ist auch nicht klar, was es für ihre Kinder bedeutet, wenn sie nicht Deutsch können, und sie haben keine Vorstellung von "Bildung". Die Kinder übernehmen diese Muster. Bildungsberater, die unabhängig von der Schule arbeiten, könnten helfen, diese Defizite zu beheben.

Nur mit Kurssystem zu bewältigen

Alle diese Probleme kann die gemeinsame Schule ab zehn längst nicht lösen. Wer mit zehn nicht Deutsch spricht, nicht lesen, schreiben, rechnen kann, dem wird in aller Regel auch eine Gesamtschule nicht mehr helfen. Wenn Kinder mit völlig unterschiedlichen Voraussetzungen in einer Klasse zusammenkommen, ist das nur mit einem differenzierten Kurssystem zu bewältigen, das dann aber genau jene soziale Segregation hervorruft - und mit Lehrern für die anderen. Sie sollen dann das leisten, was die Eltern nicht gewusst, der Kindergarten versäumt und die Volksschule nicht mehr geschafft hat. Allein die soziale Organisation einer solchen Klasse würde alle Kräfte der Beteiligten - Lehrer und Kinder - in Anspruch nehmen. Das wäre - schlicht gesagt - ungerecht. Alle, die können, werden sich dem entziehen und der Boom zu den Privatschulen wird anhalten. Will man das?

Österreich, Abend, Österreich, Morgen

quergeschrieben

Vor Pädagogen sei gewarnt

Sie haben mit Pädagogen nichts gemein, außer den ersten drei Silben.

von Rudolf Taschner

In einem sehr engagierten Leserbrief vom letzten Samstag haben sich die beiden Professoren Jürgen Maaß und Stefan Götz gegen die derzeitige Planung der Ausbildung künftiger Lehrerinnen und Lehrer ausgesprochen. Wenn es tatsächlich so sein soll, dass in den ersten drei Jahren im Rahmen eines puren Pädagogik-Studiums und einer Schmalspur-Fachlehre (von Ausbildung, gar Bildung kann in diesem Fall nicht die Rede sein) an den Pädagogischen Hochschulen die wertvolle Studienzeit vergeudet wird und man sich dann mit dem lächerlichen Titel eines Bachelors schmückt, wäre der Weg zur tristen Schule, die für die Kinder bloß Wärme- und Aufenthaltsstube, nicht aber Bildungsstätte ist, vorgezeichnet. Denn wie Maaß und Götz richtig schreiben: "Niemand wird glauben, dass dann (i. e. nach der pädagogischen Umwölkung der Studierenden in den ersten drei Jahren) fachlich in zwei Jahren so viel gelernt werden kann wie heute in fünf Jahren."

Sollte das von Maaß und Götz in Aussicht gestellte Szenario Wirklichkeit werden, bedeutete es den Sieg der Pädagogen mit ihren Parolen, dass nur dann Schule gelingen könne, wenn sie, statt der in ihren Augen abgehobenen akademischen Lehrerinnen und Lehrer, das Heft der Ausbildung künftiger Lehrkräfte in der Hand hätten. Wohlgemerkt: der Sieg der Pädagogen, nicht der Pädagogen. Pädagogen (weibliche und männliche) nämlich sind die Praktiker, die sich Tag für Tag mit der Erziehung der ihnen anvertrauten Kinder und jungen Menschen in der Schule oder an anderen Bildungsstätten zu bewähren haben: vornehmlich die Lehrerinnen und Lehrer. Die auch wissen, dass beides nützt: eine gediegene fachliche Ausbildung und die Bildung zu einer Persönlichkeit, die menschlich wie fachlich als Vorbild dient. Pädagogen hingegen sind im geschützten Bereich erziehungswissenschaftlicher Institute agierende Missionare: Nur wenn man ihren Heilslehren folgte, wüsste man, wie man "spielerisch", "lustbetont", "stressfrei", "projektorientiert", "gemeinschaftlich" (der Lob- und Hudele Worte Zahl ist Legion) den Schulalltag gestalten könne. Den sie, die Pädagogen, nur noch vom Hörensagen kennen. Weil sich keiner von ihnen vor eine Klasse zu stellen traute - mit Recht: Die meisten von ihnen würden jämmerlich versagen. In Expertengremien zu hocken ist sicher bequemer.

Allerdings, und dieser Aspekt muss zum Schreiben von Maaß und Götz ergänzt werden, ist die fachliche Bildung und Ausbildung der Lehrkräfte an den Universitäten noch verbesserungsfähig. Doch es stimmt: Zuerst haben Studierende des Lehramts unbedingt mindestens ein Jahr lang zu erfahren, was Universität bedeutet. Dass diese von Schule (auch Pädagogischer Hochschule) völlig verschieden ist, weil in ihr nur die Freiheit des Denkens zählt, sonst gar nichts. Kein Schielen auf den künftigen Beruf, kein Abwägen trivialer Nützlichkeiten. Danach wissen Lehramtsstudierende die Ratschläge der Pädagogen einzuschätzen und das Vertrauen ihnen gegenüber im Zaum zu halten.

Rudolf Taschner ist Mathematiker und Betreiber des math.space im Wiener Museumsquartier.

meinung@diepresse.com

Österreich, Abend, Österreich, Morgen

Bildung contra Turboschule

IM Gespräch. Das Schulsystem stopfe die Kinder voll mit Wegwerfwissen, kritisiert der deutsche Soziologe Fritz Reheis. Das führe zu Stress und Langeweile. Der Experte fordert daher Reformpädagogik für alle Schulen.

Von Alexia Weiss

Wien. Fritz Reheis weiß wovon er spricht: über 20 Jahre hat er an deutschen Gymnasien unterrichtet, heute lehrt er an der Uni Bamberg Bildungssoziologie. In seinem Buch "Bildung contra Turboschule!" kommt er zu einem ernüchternden Befund: das Schulsystem versäume zu vermitteln, was die Schüler in der Zukunft bräuchten. Und es mache krank.

"Wir betreiben Schule als Turboschule. Dabei wird der Versuch gemacht, Wissen mit hohem Druck in die Köpfe der Kinder hineinzupressen - und zwar ohne Rücksicht auf Verluste," sagt Reheis. Ob dieses Wissen haften bleibe, ob die Schüler es in einen Zusammenhang stellen könnten - all das interessiere nicht. "So verlernen Kinder das Nachfragen." Die Folge: Schüler versuchten nur mehr zu funktionieren. Das führe einerseits zu Stress - andererseits zu Langeweile.

Und diese Form von Schule mache krank. Kopfschmerzen, Magenschmerzen, Magersucht seien die Folge, aber auch Selbstverstümmelungen und Aggression. Das hätten kürzlich die Finnen angesichts eines Amok laufenden und tötenden Schülers wieder einmal schmerzlich zur Kenntnis nehmen müssen, so Reheis.

Kritikfähigkeit lehren

Kindern werde sukzessive die Freude am Lernen genommen - anstatt das Feuer der Wissbegierde zu entfachen. Wer den Mädchen und Buben zu früh zu viel abverlange und das auch noch unter Druck, zerstöre den Drang zu lernen. Positive Anregungen dagegen würden den Kindern helfen, sich zu entfalten. "Wir könnten natürlich sagen, dass diese Turboschule gut zur Turbogesellschaft passt", sagt der Experte. Im Gesundheitsbereich, in der Arbeitswelt werde ähnlich schlecht mit Zeit umgegangen. "Alles muss immer schneller werden, um die Konsequenzen kümmern wir uns nicht."

Sicher sei Schule dazu da, um später den Anforderungen des Berufslebens gerecht zu werden. Allerdings sollten diese Anforderungen "auch kritisch hinterfragt werden". Und darauf bereite Schule heute nicht vor. Denn dazu müsste sie Selbstbestimmung fördern.

90 statt 45 Minuten

Die Tendenz gehe sogar schon dahin, auch den Uni-Betrieb zu verschulen, meint Reheis. "Die Einführung des Bachelor- und Master-Systems geht einher mit der Umwandlung in kleine Bausteine und European Credit Points." So würden die Möglichkeiten, im Studium eigene Interessen zu verfolgen immer geringer.

Wie aber gegensteuern? Als ein mögliches Vorbild nennt Reheis die Montessori-Pädagogik. Hier stünden die Bedürfnisse des Kindes im Mittelpunkt. "So in etwa sollte es laufen." Allerdings sehe es derzeit danach aus, als ob diese Art der Pädagogik ein Privileg für die finanzkräftigeren Familien sei. So werde meist nur an privaten Einrichtungen unterrichtet. "Reformpädagogik müsste in allen staatlichen Schulen einziehen", fordert der Experte.

Aber auch andere Maßnahmen würden helfen: Etwa, statt 45- oder 50-Minuten-Einheiten 90-Minuten-Einheiten einzuführen oder überhaupt Blockunterricht anzubieten. "Man würde dann den ganzen Tag mit einem Fach verbringen." Mehr Projektunterricht, fächerübergreifendes Herangehen an verschiedenste Themen sind weitere didaktische Möglichkeiten. Der Experte ist ein Befürworter der flächendeckenden Ganztagschule. "Es macht einfach keinen Sinn, alles auf den Vormittag zusammenzupressen." Besser wäre eine "rhythmisierte Ganztagschule", in der Unterrichtseinheiten sowie Lern-, Spiel- und Sportgelegenheiten einander abwechseln würden.

Ein Jahr auf dem Segelboot

In der Schweiz etwa gebe es den Versuch, den Unterrichtsbetrieb für ältere Schüler ganz aufzulösen. Den Schülern werden dabei Materialien und Aufgaben zur Verfügung gestellt und sie entscheiden dann, wann, wo und wie sie sich den Stoff aneignen. Die Schule stehe dabei nur beratend zur Seite.

Reheis regt aber auch an, in andere Richtung kreativ zu denken. "Es ist zu überlegen, ob man Schüler in der siebenten oder achten Klasse nicht ein Jahr pausieren lassen sollte." Dieses Jahr - es entspricht im österreichischen Schulsystem der dritten beziehungsweise vierten Klassen Hauptschule, Mittelschule oder AHS - sollten die Jugendlichen in einer Werkstatt verbringen, auf einem Segelboot, in der Landwirtschaft.

Umgang mit Zeit verändern

Erfahrungsgemäß steckten die Mädchen und Burschen in dieser Zeit mitten in der Pubertät und "haben überhaupt keinen Bock auf Schule". Insgesamt betont Reheis, dass Schulreform nicht nur im System selbst gedacht und umgesetzt werden müsse, sondern immer auch im gesamtgesellschaftlichen Kontext zu sehen sei. "Wir müssen den Umgang mit der Zeit in der Gesellschaft verändern", so der Bildungsexperte, der sich seit langem für die Entschleunigung engagiert und auch Mitglied des Vereins zur Verzögerung der Zeit sowie Gründungsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik ist. "Wenn Systeme überfrachtet werden, kollabieren sie", ist Reheis überzeugt. Und dann komme es zu katastrophalen Zusammenbrüchen.

Fritz Reheis: "Bildung contra Turboschule!. Ein Plädoyer", Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 2007, ISBN 978-3-451-03008-6, - 14,90.

Österreich, Abend, Österreich, Morgen

Das Schulwesen bleibt in den Augen der Experten Baustelle

Lehrer. Rechnungshof plädiert für Fortbildung in den Ferien.

Wien (ras/APA). Viel zu viele Unterrichtsstunden entfallen während des Schuljahres wegen Lehrerfortbildung. Das hat der Rechnungshof (RH) schon 2006 kritisiert. Nun rügt er in einer "Follow-Up-Überprüfung" die mangelnden Konsequenzen aus dem damaligen Bericht.

Der Status quo: Im AHS- und BHS-Bereich findet nur ein Viertel der Veranstaltungen während des Schuljahres in der unterrichtsfreien Zeit statt, in den Ferien kaum welche. Das Unterrichtsministerium habe praktisch keine einzige Empfehlung vollständig umgesetzt, heißt es im neuen Bericht. Der Rechnungshof bekräftigt daher erneut seinen Standpunkt, "Fortbildungsveranstaltungen grundsätzlich in der unterrichtsfreien Zeit anzubieten" und zusätzlich "ein jährliches Höchstmaß je Lehrer für die Fortbildung während der Unterrichtszeit festzulegen".

Weitere Punkte, die der RH nicht umgesetzt sieht, sind der Aufbau einer Datenbank zur Dokumentation des Fortbildungsverhaltens der Lehrer und die Festlegung von Qualifikationskriterien für Vortragende in der Lehrerfortbildung. Auch die empfohlene Evaluierung der Auswirkung von Fortbildungskursen auf den konkreten Unterricht fehlt. Letzteres sei dem Unterrichtsministerium zufolge jedoch "Aufgabe der Schulleitung".

Wie werden Schüler motiviert?

Dass Fortbildung - und eine bessere pädagogische Ausbildung - nötig ist, zeigte auch die Fachtagung "Bildungsmotivation" in Wien am Donnerstag. Lehrer würden skandalös schlecht darauf vorbereitet, Schüler zum Lernen zu motivieren, kritisierte der pädagogische Psychologe Albert Ziegler von der Universität Ulm. Dem stimmte auch die Wiener Bildungswissenschaftlerin Christiane Spiel zu. Ziegler zitierte eine Studie, wonach unter Schülern im Unterricht derzeit zwei Gefühle vorherrschen: Angst und Langeweile. Lehrer würden in der Ausbildung mit Fachwissen "zugemüllt", anstatt gute Pädagogik vermittelt zu bekommen, kritisiert Ziegler.

Um der nachlassenden Lernmotivation von Schülern entgegenzuwirken, müssten sich die Lehrer permanent weiterbilden, sagte Heidrun Strohmeyer aus dem Unterrichtsministerium.

"Bildungs-Konjunkturpaket"

Auch im Rahmen des "Alfred-Dallinger-Symposiums" der Arbeiterkammer machte man sich am Donnerstag Gedanken über die Ausbildung. Ein erster Schritt, die Lehrerausbildung konkret zu verbessern, wäre eine Integration der Pädagogischen Hochschulen in das Universitätssystem, behauptete dort der Grazer Universitätsprofessor Bernd Schilcher. Die Rahmenbedingungen für einen modernen Unterricht seien aber auch eine finanzielle Frage. Drei bis vier Milliarden Euro in den nächsten zwei Jahren wären für ihn ein angemessenes "Bildungs-Konjunkturpaket."

"Also das kann ich meinen Lehrern zumuten"

Ist die Stundenverlängerung eine Sparmaßnahme, eine pädagogische Maßnahme oder haben die Lehrer bisher zu wenig gearbeitet?

Schmied: Zentraler Punkt ist, die Bildungsreform muss weitergehen. Wir stehen vor sehr angespannten Budgetsituationen aufgrund der Wirtschaftskrise. Es geht auch um die Bonität der Republik. Ich bin eines der ganz wenigen Ressorts, in denen es ein Budgetplus gibt. Aber um die Bildungsreform weiterzuführen, ist der Finanzbedarf höher, als dies in den Budgetgrundlagen gegeben ist. Wenn man die Bildungsreform weiterführen und zugleich das Budget nicht aus dem Ruder laufen lassen will, dann ist es notwendig, Strukturreformen zu machen. Ich sage ganz klar: Die Maßnahme, die wir setzen - zehn Prozent Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung - ist eine Maßnahme, mit der wir an internationale Entwicklungen anschließen. Das kann ich meinen Lehrerinnen und Lehrern zumuten.

Wir haben im internationalen Vergleich eine aufgeblähte Schulverwaltung. Macht man sich nicht angreifbar, wenn man da nichts tut? Schmied: Das läuft parallel. In der Verwaltungsreformgruppe, wo ich sehr froh bin, dass der Präsident des Rechnungshofes und auch die Wirtschaftsforscher vertreten sind, wird man sich natürlich auch mit Strukturreformen in der Verwaltung beschäftigen. Aber Faktum ist, dass bei einem Budget mit 90 Prozent Personalanteil Strukturmaßnahmen vor allem auch im Personalbereich angesetzt werden müssen. Und mir ist ganz klar, dass wir, das Zentralressort, auch mit Beispielen vorangehen müssen.

Was wird im Ministerium passieren?

Schmied: Ich werde eine Sektion auflösen, also die Zahl der Sektionen reduzieren, die Zahl der Abteilungen, Referate reduzieren und im Zuge einer Aufgabenreform auch effizienzsteigernde Maßnahmen setzen.

Bei den Doppel- und Dreifachstrukturen der Schulverwaltung geht nichts weiter? Schmied: Wir haben im Regierungsprogramm das Thema Bezirksschulräte und die Verwaltungsreform vereinbart, das betrifft auch die Bundes- und Länderebene. Das ist Aufgabe der Verwaltungsreformkommission. Das Thema Bildung ist ganz oben auf der Agenda.

War es geschickt, dass Lehrer und Lehrervertreter alles aus den Medien erfuhren?

Schmied: Zentraler Punkt ist, dass es gestern schon am Abend in den Medien zu lesen war und für mich ist entscheidend, dann in den Medien klar zu kommunizieren. Präsident Neugebauer war bisher nicht erreichbar. Über Budgetdetails haben wir in der Regierung vereinbart, dass wir nichts verlautbaren.

Erwarten Sie Arbeitskampfmaßnahmen?

Schmied: Ich gehe davon aus, dass die Lehrgewerkschaft das nicht mit Freude aufnimmt, das kann ich auch gut nachvollziehen. Aber wenn ich vor der Wahl stehe, soll ich Unterrichtsstunden kürzen, soll ich Klassen vergrößern oder eine zumutbare Mehrleistung der Lehrer im Klassenzimmer verlangen, dann ist klar, wofür ich mich entscheide.

Fordern und fördern

Mehr Bildung braucht der Mensch

Als Krankenschwester und Mutter von zwei Grundschulkindern und einem Kindergartenkind ist Sylvia Kugler ganz und gar nicht arbeitslos. Am Freitag nächster Woche wird sie trotzdem an der Spitze einer Lichterkette in Baden-Württemberg stehen. Das Ziel der Aktion: kleinere Klassen, keine weitere Kürzung von Unterrichtsstunden für Theater, Musik oder Sport, mehr Lehrer, Sozialpädagogen und weiteres Personal für die Schulen, mehr Förderung für Kinder mit besonderem Bedarf, seien es Schwächere, die ohne diese Unterstützung keinen Schulabschluss erreichen, oder besonders begabte Jugendliche, die sich im günstigsten Fall nur unterfordert fühlen und im schlimmsten als Störenfriede zurechtgewiesen werden.

Die Bildungsszene ist in Bewegung, und das in einer Zeit, in der Bildung in der öffentlichen Agenda stark ins Hintertreffen geraten ist. Denn wenn es um Millionen und Milliarden Euro von öffentlichen Unterstützungspaketen geht, dann sind damit die Banken gemeint und die Autoindustrie und alle anderen, bei denen es um die Rettung von Arbeitsplätzen geht. Von mehr Unterrichtseinheiten oder mehr Lehrerinnen und Lehrern redet niemand.

"Das ist kurzsichtig", kritisieren nicht nur Bildungsexperten. Auch einschlägige Studien der Wirtschaft belegen das. Etwa der Innovationsindex, den das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) jedes Jahr im Auftrag der Telekom-Stiftung erstellt. Das Bildungssystem sei die Achillesferse des deutschen Innovationssystems, ist dort zu lesen. Elternaktivistin Kugler unterstreicht das mit einer einprägsamen Zahl: "Die Investition in unsere Schulen bringt den siebenfachen Nutzen der Kosten. Es ist dumm, es nicht zu tun. Das muss in die politischen Köpfe hinein." In vorsichtigeren Berechnungen wird das Verhältnis von Kosten und Nutzen für jene Budgetmittel, die Kindern und Jugendlichen zugute kommen, mit 1:4 angegeben. Aber selbst das ist ein beeindruckender Wert, der keine Zweifel zulässt, wo die Politik ihre Prioritäten zu setzen hätte.

Die aber starrt wie die Schlange aufs Kaninchen und hat nur Finanzkrise, Rettung von Banken und die kurzfristige Sicherung von Arbeitsplätzen vor Augen. Wie in Deutschland so in Österreich. Drüben wie hüber wird Bildung in politischen Sonntagsreden als wichtigste Ressource im globalen Wettbewerb genannt. Aber weder in Österreich noch in Deutschland hat sie den entsprechenden tagespolitischen Rang.

"Noch im Nationalratswahlkampf 2006 hatte das Thema Bildung eine entscheidende Rolle gespielt. Bei den derzeitigen Koalitionsverhandlungen rangiert es unter ferner liefen", sagt Josef Lucyshyn, Direktor des Bundesinstitutes für Bildungsforschung in Wien. "In Österreich fehlt eine verlässliche Bildungsplanung, die den Schulen eine mittelfristige Entwicklung ermöglicht. Lehrerinnen und Lehrer müssen sich alle paar Monate mit neuen Erlässen auseinander setzen und finden keine Zeit zum Verschnaufen." Fortsetzung Seite II

Lehrer sind der Schlüssel

Fortsetzung von Seite I Nur eines zeichnet sich in der österreichischen Bildungsszene derzeit als zukunftssträchtiger Konsens ab: Das geflügelte Wort "Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr" bekommt eine neue Bedeutung. Hänschen soll noch früher in den Genuss von Bildung kommen - im verpflichtenden letzten Kindergartenjahr.

Österreichweit gehen derzeit sieben Prozent der Fünfjährigen nicht in den Kindergarten. Sie sind von keinerlei Bildungsangebot erfasst. Dabei fällt die Stadt Wien mit nur 86 Prozent, die vor der Schule einen Kindergarten besuchen, besonders negativ auf. In Salzburg ist im letzten Kindergartenjahr mit einer Quote von 97 Prozent beinahe Vollversorgung erreicht.

"Wir brauchen das Pflichtjahr im Kindergarten, um vor allem die sprachlichen Voraussetzungen für den Schulbesuch zu schaffen", sagt der Bildungsexperte der Industriellenvereinigung (IV), Gerhard Riemer. Im Strategiepapier "Schule 2020" spricht die Industrie von einem "Startschuljahr" zum Ausbau der sprachlichen, kommunikativen und sozialen Fähigkeiten. Als Basis des Lernens gilt die altersgerechte "Kindergartenpädagogik".

Noch vor zehn Jahren wäre diese Forderung, die Schulpflicht durch ein Jahr "Kindergartenpflicht" nach vorn auszudehnen, aus einer konservativen Institution undenkbar gewesen. Ebenso neu ist in den Schulvisionen der Industrie die Erkenntnis, dass die "Wissensschule zur Lebensschule" werden müsse. "Unser Bild von der Schule war stark auf Wissensvermittlung fokussiert. Heute sehen wir, dass die Schule zu einem Heim der zweiten Stufe werden muss, vor allem dort, wo das soziale Umfeld es erfordert", sagt Riemer. Wenn jedes zweite Kind aus einer Scheidungsfamilie kommt oder ein Teil der Eltern der nächsten Generation keine soziale Fähigkeiten mehr vermitteln kann, muss Schule mehr sein als ein Nürnberger Trichter.

Damit schließt sich der Kreis zu den Lehrerinnen und Lehrern. Auf sie strömen derzeit unklare Botschaften ein, was Schule zu leisten habe. Einerseits heißt es, die schwächeren Schülerinnen und Schüler müssten besser gefördert werden, um die Startchancen sozial benachteiligter Kinder im Vergleich zu höheren Bildungsschichten zu verbessern. Gleichzeitig hat sich die Begabtenförderung aus ihrer ideologischen Nische befreit und fordert Achtsamkeit für außergewöhnlich begabte Kinder.

Mehr Wertschätzung für den Lehrberuf steht daher in der Bildungsagenda ganz oben. "Die Lehrerinnen und Lehrer sind der Schlüssel zum Erfolg. Pädagogisch zu arbeiten, muss wieder ein höchst anerkannter Beruf werden", sagt Gerhard Riemer - und verbindet damit ein Programm des Förderns und Forderns. Leistung belohnen, Aufstiegsmöglichkeiten eröffnen und die Pädagogen von der Schulbürokratie befreien, steht auf der Sollseite der Politik. Im Forderungskatalog stehen "objektive und verlässliche Verfahren", damit nur geeignete Bewerber für das Lehramt zum Zug kommen, eine hochwertige und verpflichtende Weiterbildung sowie die regelmäßige Qualitätsbewertung "als Voraussetzung für die Berechtigung zum Lehren".

Die Lehrerausbildung müsse praxisnäher werden und "mehr nach Persönlichkeiten Ausschau halten, die motivieren können, etwas aushalten und die Kinder mitnehmen können", sagt die deutsche Elternaktivistin Kugler. Die Realität ist davon nach Ansicht des pädagogischen Psychologen Albert Ziegler von der Universität Ulm noch weit entfernt. Den Lehrern passiere in ihrer Ausbildung dasselbe wie den Schülern: Sie würden mit Fachwissen zugeschüttet. Die Folge sei ein Unterricht, der bei Kindern und Jugendlichen Angst und Langeweile auslöse. Der Philosoph Peter Sloterdijk sagt es noch schärfer. "Die Absolventen verlassen die Schule wie Landsknechte eine aufgelöste Armee." Auch von der Bulimie als Krankheit der Schule ist die Rede: Stoff in sich hineinstopfen und wieder erbrechen. Zur Ehrenrettung der Pädagogen hält die Wiener Bildungswissenschaftlerin Christiane Spiel dagegen, dass diese "intuitiv oft das Richtige tun".

"Lehre mich, es selbst zu tun", das Ideal von Maria Montessori (1870-1952), wird zum unerlässlichen Rüstzeug. Denn die Freude des Kindes an Leistung nähre sich von der Verwirklichung selbst gesetzter Ziele, sagte der Münchener Erziehungswissenschaftler Rolf Oerter bei der Internationalen Pädagogischen Werktagung zum Thema "Leistung - Lust und Last". Kinder und

Jugendliche sollten ihre Leistungsziele viel stärker selbst setzen dürfen. Damit die Ziele des Curriculums zu den eigenen Zielen werden, "müssen Kinder den Unterricht mitbestimmen können".

Und das Lerntempo. Das wird in der Debatte um das letzte Kindergartenjahr deutlich. Nicht alle Kinder lernen gleich schnell, daher dürfe der Kindergarten nicht verschult werden, warnt Bildungsforscher Lucyshyn. "Völlig falsch wäre ein Curriculum, das die Fünfjährigen in ein Zeitkorsett zwingt." Es sei ein Kennzeichen der Elementarbildung, dass jedes Kind nach seinem Tempo lernen dürfe.

Was aber im Kindergartenalter richtig ist, kann mit dem Schuleintritt nicht von heute auf morgen anders sein. Der deutsche Schulpreis ging daher im Vorjahr an eine Dortmunder Schule, die den ersten und zweiten Jahrgang in einer Klasse führt. Erst nach zwei Jahren wird eine erste Bilanz des Erlernten gezogen. Der Idealtyp dafür ist die Laborschule Bielefeld, die Deutschlands Altmeister der Pädagogik, Hartmut von Hentig, gegründet hat. Hier können die Schüler das Tempo, in dem sie sich die Wirklichkeit erschließen, weitgehend selbst bestimmen, anstatt im Gleichschritt dem Lehrplan hinterherzulaufen.

Den unterschiedlichen Kindern besser gerecht zu werden, wird zur Blaupause für die Schulpolitik der kommenden Jahre.

Ute Brühl

Wi, Abend, Wi, Länder, Morgen

"Ein guter Lehrer muss Kinder mögen"

InterviewDer konservative Pädagoge Bernhard Bueb fordert Ganztagschulen und will, dass Lehrer endlich geführt werden.

Bernhard Bueb leitete 31 Jahre lang das Internat Salem, eine der besten Schulen Deutschlands.

KURIER: Die PISA-Ergebnisse waren für Österreich ein Schock. Woran krankt das Schulsystem?

Bernhard Bueb: Bildungspolitiker glauben, es reiche, Strukturen zu ändern, indem sie zum Beispiel die Ganztagschule einführen. Doch entscheidend für eine gute Schule sind die Lehrer. Sie kommen in der Bildungsdebatte der letzten 50 Jahre nicht vor. Ohne sie geht es aber nicht.

Also keine Strukturänderungen?

Doch, aber ebenso müssen sich das Selbstverständnis und die Arbeitsbedingungen der Lehrer ändern. Denn die Lehrer sind es, die die Strukturen mit Leben füllen sollen. Lehrer entdecken die vielfältigen Begabungen von Kindern, wenn sie sie nicht nur als Schulversager im Unterricht, sondern beim Fußball oder Theaterspiel am Nachmittag erleben. Kein Kind geht verloren, an das ein Lehrer glaubt.

Wir hätten schon vor 30 Jahren die Ganztagschule einführen sollen, wie es sie in 80 Prozent der Industrieländer gibt.

Was muss sich bei den Lehrern konkret ändern?

Lehrern fehlt Führung. Der Direktor sollte das Selbstwertgefühl der Pädagogen stärken und Ziele mit ihnen vereinbaren - und auch kontrollieren, ob die Ziele erreicht wurden. Wenn er genau weiß, was im Unterricht geschieht, ermöglicht das Lob und Kritik. Das heißt Führung. Direktoren scheuen Kontrolle, Lehrer fürchten sie. Dabei hilft sie Lehrern, sich selbst einzuschätzen und daraufhin vielleicht ihr Verhalten ändern zu können. Lob und Kritik müssen Belohnung oder Sanktion folgen - zum Beispiel verpflichtende Fortbildung in Form von Coaching, also Verhaltenstraining. Entmutigt ein Lehrer zum Beispiel dauernd seine Schüler im Matheunterricht, so könnte er sich mittels Video selbst beobachten und einen anderen Umgang mit Schülern einüben.

Warum ist das System so verkrustet?

Schulleiter haben leider nichts zu sagen, sie verwalten nur. Ein Lehrer kann 40 Jahre lang schlecht unterrichten. Der Direktor kann ihm nichts anhaben, solange er formal alles richtig macht. Ein Schulleiter sollte das Recht haben, schlechte Lehrer zu kündigen.

Wie kann kontrolliert werden?

Ein Mal im Jahr sollte jeder Schüler Fragebogen über die Qualität des Unterrichts beim Direktor abgeben, aber nicht anonym. Der Schulleiter wertet die Fragebögen aus und führt auf dieser Basis ein Gespräch. Aus den Fragebögen erfährt der Direktor viel Positives, auch Kritisches. Er kann daraufhin loben, helfen und nach jahrelangen kritischen Rückmeldungen ohne Verhaltensänderung auch eine Kündigung androhen. Auch die Lehrer sollten den Schulleiter bewerten können. In der Schweiz hat man sehr gute Erfahrungen mit diesem Feedback gemacht.

Was muss sich bei der Lehrerausbildung ändern?

Ein junger Mensch sollte bei Studienbeginn die Möglichkeit haben, herauszufinden, ob Lehrer der richtige Beruf für ihn ist. Langfristig müsste man die Ausbildung vor allem der Gymnasiallehrer

verbessern. Doch da müssen Sie sich mit den Unis anlegen - das ist mühsam.

Ganztagsschule und zwingende Fortbildung. Wie wollen Sie das politisch durchsetzen?

Ich zitierte in meinen neuen Buch* Victor Hugo: "Nichts ist so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist." Es gäbe viele Gewinner: Einzelkinder, Migranten, Alleinerziehende und die Lehrer. Den Pädagogen sage ich: "Werdet selbst aktiv. Ihr habt mächtige Verbündete: die Eltern." Wenn beide sagen: Wir wollen die Ganztagsschule, verpflichtendes Feedback usw. würden Lehrer viel erreichen und ein hohes Ansehen bei den Bürgern gewinnen. Leider herrscht bei vielen Lehrern und Lehrerverbänden eine starke Beamtenmentalität. Wir bräuchten Politiker, die gegen die Ideologie der eigenen Partei und das Diktat der leeren Kassen ankämpfen. In Deutschland hat es zum Beispiel die CDU-Politikerin Ursula von der Leyen geschafft, Kindertagesstätten als Regelangebot durchzusetzen.

Was macht einen guten Lehrer aus?

Ein guter Lehrer muss Kinder mögen, gerne mit Schülern zusammen sein und sie stärken wollen. In den Augen der Kinder ist Gerechtigkeit die wichtigste Eigenschaft eines Lehrers. Und er braucht natürliche Autorität.

Und was macht einen guten Unterricht aus?

Er soll auch die emotionale Ebene ansprechen. Deshalb müsste dem Spiel viel mehr Raum gegeben werden: Im Sport nicht die Folter am Reck, sondern Mannschaftsspiele; in der Naturwissenschaft weniger Theorie, dafür mehr Experimente, in Deutsch mehr Theater. Die größte Krankheit ist bei uns die Dominanz der akademischen Bildung. Da haben uns die Angelsachsen einiges voraus. Die kennen nur die Einheit von akademischer Bildung und Charakterbildung; das nennen sie "education".

Was müssen Kinder heute lernen?

Wissen zu erwerben und sich der Flut von Informationen erwehren. Dazu braucht es die richtige Methoden und die Bereitschaft sich anzustrengen.

Also Disziplin. Für Ihr Buch* wurden Sie von vielen kritisiert. Kommen alte Tugenden wieder in Mode?

Das Leiden an der mangelnden Disziplin ist so groß geworden, dass sie jetzt wieder eingefordert wird. Aber dabei sollte man nicht übertreiben. Wir hatte die Extreme des Nationalsozialismus und der antiautoritären Erziehung. Tugenden wie Ordnung, Disziplin und Gehorsam nur um ihrer selbst Willen dürfen nicht erlaubt sein.

Wie Disziplin vermitteln?

Indem man Jugendlichen das Glück der Anstrengung nahebringt. Viele verstehen Glück als Animation von außen durch Alkohol, Reichtum etwa oder Fernsehen und Internet. Das ist die größte Bedrohung für unsere Kinder. Das Glück der Anstrengung und den Nutzen von Disziplin erfahren sie durch Unternehmungen in der Gemeinschaft und durch Zuwendung von Erwachsenen. Daran fehlt es heute am meisten.

BUCHTIPPS

Bernhard Bueb: Lob der Disziplin.

Eine Streitschrift.

Bernhard Bueb: Von der Pflicht zu führen, Neun Gebote der Bildung,

erschienen im Ullstein-Verlag

Karin Leitner

Wi, Abend, Wi, Morgen

Schule: SPÖ-Unterrichtsministerin Claudia Schmied zur Kritik am Bildungskapitel und zur Lehrerauswahl

Die neuen Hausaufgaben

Es geht nicht so sehr um Quantität, sondern um Qualität." So kommentiert Bildungsministerin Claudia Schmied den Vorhalt des KURIER, dass die Regierung für das "zentrale Thema" Bildung nur zehn Seiten des 270-seitigen Koalitionspaktes übrig hat.

Dass selbst der einstige Leiter ihrer Schulreformkommission, Bernd Schilcher, die Qualität nicht erkennen kann ("vage", "auf halbem Weg zu halben Zielen"), versteht sie nicht: "Es wird zu jedem Kapitel ein Masterplan ausgearbeitet. Wenn all diese Maßnahmen im Jahr 2013 verwirklicht sind, können wir an internationale Spitzenleistungen anschließen."

Die finanzielle Voraussetzung sei gegeben: Mit dem "Schulentwicklungsprogramm" von 1,7 Milliarden Euro würden "Klassenzimmer, Arbeitsplätze für Lehrer und Freizeitanlagen verbessert". Und zusätzlich zu bereits Budgetiertem für kleinere Klassen, Bildungsstandards und Lehre mit Matura gebe es 50 Millionen jährlich. "Das bedeutet im Endausbau: 400 Millionen mehr." Warum bleibt die Regierung dann beim verpflichtenden Gratis-Kindergarten auf halbem Weg stehen (es wird ihn nur vormittags geben, was für berufstätige Eltern ein Problem ist)? "Ich bin froh, dass dieser Schritt gelungen ist", sagt Schmied.

Ihr sei wichtig, "dass der Schulstart gelingt. Daher werde ich mich vor allem auf die Ausbildung der Kindergärtnerinnen konzentrieren." Bis Ende 2009 wird ein Konzept für die "Neuorganisation der Ausbildung aller im Lehrberuf Tätigen" stehen - von Kindergärtnern bis zu AHS-Lehrern - auf Hochschul-Niveau, samt Karrieremöglichkeiten: "Warum muss ein Mal Volksschullehrer immer Volksschullehrer heißen?" Die Besten für den Lehrberuf seien in einer "Eingangsphase" zu finden. "Da werden die Studenten mit der Unterrichtssituation konfrontiert. Eine punktuelle Prüfung ist das nicht." Jenen, die ungeeignet seien, werde man sagen: "Tut uns leid, aber das wird nicht gut gehen." Was passiert mit den Problemfällen, die es schon jetzt an den Schulen gibt, wie auch Beschwerden beim KURIER-Schüleranwalt zeigen? "Die Verantwortung im Schulbereich muss klarer formuliert werden. Die Direktoren sollen sich bei der Auswahl der Lehrer an ihrer Schule stärker einbringen. Es soll auch mehr Fortbildung am Standort geben." Und von jenen, die für den Lehrberuf nicht geeignet sind, "muss man sich trennen".

Diese Lehrer sollten aber "bei anderen Projekten mitwirken" können, etwa in der Erwachsenenbildung. Ein neues Dienst- und Besoldungsrecht für Lehrer haben viele Regierungen versprochen. Warum soll es jetzt funktionieren? "Weil die Zeit drängt. Ab 2012 gehen etwa 50 Prozent der Lehrer in Pension. Wann, wenn nicht jetzt, sollten wir das angehen?"

Wie sähe das Bildungskapitel aus, wäre Schmied Unterrichtsministerin einer SPÖ-Alleinregierung? "Vielleicht hätten wir an dem einen oder anderen Punkt nicht bis drei Uhr Früh arbeiten müssen."

Herausgefordert

Wie wäre sie bei ihrem Lieblingsthema "Neue Mittelschule" der 10-bis 14-Jährigen verfahren? "Ich wäre da offener. Wenn das betroffene Bundesland bereit ist, flächendeckend auf diese Schulform umzustellen, würde ich das ermöglichen. Wenn die Steiermark in zwei, drei Jahren sagt: Wir wollen das, und die Regierung kommt zum Schluss, das zu machen, dann können wir es ja machen." Mit der Vereinbarung, dass diese Modelle in allen Bundesländern erprobt werden, sei sie aber zufrieden - "weil es ein vernünftiger Weg ist. Es geht ja nicht nur darum, den Regierungspartner ins Boot zu holen. Wir müssen auch die Betroffenen - Eltern, Lehrer, Schüler - überzeugen. Das ist die große Herausforderung."

Länder, Morgen

Der Beitrag und das Unverständnis

Lehrer sollen mehr unterrichten. Das ist keine Zumutung. VON ANDREAS SCHWARZ

Harte Zeiten erfordern von jedem einen Beitrag." Der Satz, mit dem Unterrichtsministerin Claudia Schmied den Lehrern erklärt, warum sie künftig zwei Wochenstunden mehr in der Schule verbringen sollen (bei gleichbleibender Gesamtarbeitszeit), steht eigentlich stellvertretend für alle Bereiche. Denn die Krise ist längst da: Einknickende Industrien, taumelnde Unternehmen, radikale Sparkurse allenthalben, Kurzarbeit da, Kündigungen dort - Tausende sind bereits betroffen. Und auch wenn eine Mehrheit der Menschen den Schrecken noch nicht konkret spürt: Das wird nicht so bleiben. Der Staat alleine wird alle Konsequenzen daraus nicht abfangen können. Wenn der Finanzminister in diesen Zeiten fast alle Ressorts zu Budget-Einsparungen gezwungen hat (die ohnehin nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind), dann ist es eine Illusion zu glauben, dass das spurlos am Einzelnen vorüber geht.

Dennoch haben die Bereiche Bildung und Wissenschaft heuer sogar mehr Geld bekommen. Das ist weitsichtig. Die Wettbewerbsfähigkeit einer Gesellschaft hängt nicht nur in rauen Zeiten von Investitionen in Innovation, Forschung und vor allem Bildung ab.

Aber das Geld reicht trotzdem nicht für alle Vorhaben, die im Schulbereich richtigerweise auf der Agenda stehen - kleinere Klassen, bessere Tagesbetreuung, Kleingruppen- und Doppellehrerunterricht, Sprachförderung.

Daher will die Unterrichtsministerin, ebenfalls richtigerweise, auch einen Beitrag der Lehrer.

Optimieren Tatsache ist: Lehrer haben einen alles andere als leichten Beruf mit wachsender psychischer Belastung. Aber sie haben auch eine sehr freie Arbeitseinteilung in ihrer 40-Stunden-Woche - nur die Hälfte ist Unterricht. Diese Arbeitseinteilung zu optimieren, bringt mehr Unterricht in die Klassen und ist nicht nur ein Gebot der Budgetstunde.

Ob Claudia Schmieds Hinweis, dass Lehrer ohnehin vier Monate Ferien haben, sehr hilfreich ist für die bevorstehende Debatte, ist aber fraglich. Lehrer reagieren auf die Neiddiskussion erfahrungsgemäß sehr gereizt.

Auch der Hinweis, dass österreichische Lehrer im OECD-Vergleich sehr gut verdienen, aber mit der Zahl ihrer Unterrichtsstunden am unteren Ende der Skala liegen, hat viel für sich, ist aber wenig geschickt. Jetzt kommt, wie das Amen im Gebet, der Reflex der veränderungsresistenten Gewerkschaften; das Argument, dass zwei Stunden mehr Unterricht auch zwei Stunden mehr Vorbereitungszeit bedeuten (auch ein Teil der Lehrer weiß, dass das Unsinn ist); die Streikdrohung. Aber vielleicht wusste die Ministerin, dass der Widerstand ohnehin kommen würde, ob sie subtil verhandelt oder einfach eine Maßnahme verkündet. Und vielleicht rechnet sie damit, dass das Verständnis für beamteten Bestemm außerhalb der Lehrerschaft gegen null tendiert - in harten Zeiten, in denen bald jeder seinen Beitrag leisten müssen. Auch wenn's die Lehrer(-gewerkschafter) noch nicht glauben. andreas.schwarz